

Eine Frauenabordnung beim Bürgermeister.

Heute nachmittag fand sich eine Abordnung von Frauen des 10. Bezirkes beim Bürgermeister Doktor Weiskirchner ein, um ihre Klagen wegen Mangels an notwendigen Lebensmitteln vorzubringen. Der Bürgermeister besprach mit den Frauen die Verhältnisse auf den Lebensmittelmärkten und in den verschiedenen Geschäften. Er konnte den Frauen die Mitteilung machen, daß heute nachmittag eine größere Partie von Eiern in Wien eingelangt sei und daß er, da ja die Gemeinde über diese Ware nicht verfüge, bei der legitimierten Einkaufsstelle („Mileš“) die nachdrücklichste Vorstellung erhoben habe, daß diese Eier morgen (Freitag) in entsprechender Verteilung auf die Märkte, insbesondere der äußeren Bezirke, gebracht werden.

Der Bürgermeister betonte die bestehende Fettknappheit und wies darauf hin, daß er alle erforderlichen Schritte beider Regierung unternommen habe, daß jedoch zweifellos noch eine gewisse Zeit mit der Knappheit zu rechnen sei. Er werde, soweit es ihm möglich sei, darauf sehen, daß morgen auch im 10. Bezirk ein gewisses Quantum Fett zur Verfügung gestellt werde. Auch wegen der Kartoffeln habe er ja in der Gemeindeverwaltung das möglichste getan und er hoffe, daß die Frauen gerade bei diesem Lebensmittel nicht Mangel zu leiden haben. Was die Milch anbelangt, so werde in den nächsten Tagen die Magistrats-Rundmachung erscheinen, derzufolge die Milch für Kinder bis zum vollendeten 2. Lebensjahre und für stillende Mütter gesichert und Tag für Tag ohne Anstellen im genügenden Ausmaß erhältlich sein wird.

Ueber die Klagen der Frauen, daß Mehl in den Geschäftsläden ungleichmäßig abgegeben werde, versprach der Bürgermeister, neuerlich einen Auftrag an das Markttamt hinauszugeben, damit vorgesorgt werde, daß nicht eine Partei 5 bis 6 Kilogramm und die andere nichts erhalte, sondern daß jeder Kunde das gleiche Quantum von $\frac{1}{2}$ bis 1 Kilogramm verkauft werde.

Die Frauen wiesen insbesondere auf die Unmöglichkeit hin, mit dem Unterhaltsbeitrag für Kinder unter 8 Jahren auszukommen. Der Bürgermeister konnte nur betonen, daß die Gemeindevertretung ohne Unterschied der Partei wiederholt bei der Regierung vorstellig geworden sei und daß der Ministerpräsident ihm zugesagt habe, es stehe eine gewisse Aufbesserung der Unterhaltsbeiträge für Kinder bevor.

Der Bürgermeister nahm noch die Bitten und Beschwerden einzelner Frauen entgegen und nahm Veranlassung, daß auch diesen einzelnen Bitten Rechnung getragen werde.